

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Joachim Günther (Plauen), Cornelia Pieper, Jens Ackermann, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Hellmut Königshaus, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 15/6000 –**

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2005

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2005 macht deutlich, dass der so genannte Aufbau Ost zwar langsam vorankommt, die Entwicklung der neuen Länder jedoch für Gesamtdeutschland nicht zufrieden stellend ist. So beträgt z. B. der Anteil der Produktivität pro Erwerbstätigen auch im Jahr 2004 nur ca. 75 Prozent des Westniveaus, die Arbeitslosenquote liegt noch immer bei 18,4 Prozent. Nach wie vor ist die Jugendarbeitslosigkeit und die hohe Zahl der Abwanderungen aus den neuen Bundesländern ein großes Problem. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass unter der Koalition der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die „Chefsache Aufbau Ost“ vernachlässigt wurde. Anstatt den Menschen in den neuen Ländern Zuversicht und Aufbruchstimmung zu vermitteln, hat der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sie mit ihren Problemen allein gelassen. Wir brauchen hier deshalb dringend einen Politikwechsel. Der Aufbau Ost erhält dann neue Antriebskraft, wenn er als gemeinsame Aufgabe Gesamtdeutschlands betrachtet wird. Das bedeutet, dass sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierungen auf-

gefordert sind, ihr Engagement für den Aufbau Ost erheblich zu steigern. Dabei geht es nicht um die Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel – hier soll es bei den Zusagen aus dem Solidarpakt II bleiben –, sondern vielmehr um den zielgerichteten Einsatz dieser Mittel. Wachstumspotenziale müssen gefördert, Infrastrukturlücken geschlossen, Existenzgründungen in besonderem Maße gefördert und vor allem Bürokratie beseitigt werden. Die Länder brauchen mehr Spielräume für eigene Wege. Großinvestitionen in den neuen Ländern wie z. B. BMW, Mercer-Zellstoff, DHL, Lufthansa/Rolls-Royce machen dies deutlich. In all diesen Fällen waren die günstigen Standortfaktoren, wie u. a. das Vorhandensein qualifizierter Arbeitskräfte, die Flexibilität der Tarifvertragspartner, die moderne Infrastrukturausstattung, schnelle Genehmigungsverfahren sowie eine gezielte Investitionsförderung Gründe für diese Unternehmensansiedlungen. Weitere ökonomische Entwicklungskerne wie die Chemieindustrie in Merseburg und der Mikroelektronik in Dresden u. a. sind Beweis dafür, dass Förderungen mit der Gießkanne der Vergangenheit angehören müssen. Die Stärkung von Wachstumskernen fördert Wirtschaftswachstum und damit Schaffung von Arbeitsplätzen.

Aber die Bundesregierung ist gleichzeitig aufgefordert, ein Konzept für strukturschwache Regionen zu entwickeln, die keine Wachstumskerne haben und nach den gegebenen Umständen auch nicht mit Unternehmensansiedlungen rechnen können. Die Menschen in den neuen Ländern haben auch diesbezüglich ehrliche Antworten verdient.

Die in dem Koalitionsvertrag der CDU, CSU und SPD beschriebenen Aufgaben zum Themenbereich Aufbau Ost zeigen die Defizite in dem Bereich deutlich auf. Hieraus gilt es nun ein Gesamtkonzept zu entwickeln, das auch auf strukturschwache Regionen der alten Bundesländer anwendbar sein sollte.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein Gesamtkonzept für den Aufbau Ost zu entwickeln;
2. größere Modellregionen für Deregulierung und Bürokratieabbau zuzulassen, in denen es durch die befristete Aussetzung bundesgesetzlicher Regelungen über Länderöffnungsklauseln, insbesondere im Bau-, Tarif- und Arbeitsrecht den Ländern möglich ist, eigene, auf ihre Gegebenheiten zugeschnittene Wege zu gehen. In der Umsetzung wird insbesondere auf den vom Land Sachsen-Anhalt in der 15. Legislaturperiode in den Bundesrat eingebrachten Antrag, mit dem Inhalt das Land als Modellregion zuzulassen, hingewiesen;
3. eine Förderstrategie zu entwickeln, durch die vor allem Wachstumscluster etabliert und gestärkt werden. Es geht darum, vorrangig die wirtschaftsnahe Infrastruktur zu optimieren, zugkräftige Investitionen sowie die regionale Vernetzung zu unterstützen und über Multiplikatoreffekte zusätzliche Investitionen und Arbeitsplätze auch über die Wachstumscluster hinaus anzustoßen. Wirtschaftsfördermittel müssen vorrangig in die Kernbereiche wirtschaftsnahe Infrastruktur, Investitionsförderung produktiver Anlagen sowie Forschung und Entwicklung gelenkt werden;
4. die Voraussetzungen für eine erneute Prüfung der Notwendigkeit und des Baus einer Europäischen Neutronenspallationsquelle (ESS) durch den Wissenschaftsrat zu schaffen, um so eine deutsche Bewerbung für dieses Großgerät im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms vorzubereiten. Dabei sind die bisherigen Vorbereitungen der Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt in die Gesamtbewertung aufzunehmen;

5. die fünf neuen Bundesländer in die Lage zu versetzen, eigene Bildungs- und Forschungsakzente zu entwickeln, um erkannte Defizite gegenüber Hochschulen in den alten Bundesländern abzubauen und die eigenen Hochschulen und Forschungsinstitute international wettbewerbsfähig zu machen. Hierfür ist es erforderlich, die Leistungsfähigkeit der Hochschulen in den neuen Bundesländern auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung deutlich zu stärken;
6. die vorhandene Wissenschafts- und Forschungsinfrastruktur für die ansässigen Unternehmen schneller und wirkungsvoller nutzbar zu machen und einen intensiven Transfer von Wissen, Technologie und Personal in mittelständische Unternehmen zu initiieren und zu fördern;
7. die Entwicklung strukturschwacher Gebiete nicht aus dem Blick zu verlieren. Hier ist den regionalen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Die Perspektiven dünn besiedelter, strukturschwacher Regionen sind durch Maßnahmen einer bedarfsgerechten Infrastrukturanbindung an die Entwicklungszentren und der Förderung der für den ländlichen Raum typischen Wirtschaftszweige wie Handwerk, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft zu sichern.

Berlin, den 14. Februar 2006

Joachim Günther (Plauen)
Cornelia Pieper
Jens Ackermann
Dr. Karl Addicks
Christian Ahrendt
Uwe Barth
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Patrick Döring
Mechthild Dyckmans
Jörg van Essen
Otto Fricke
Paul K. Friedhoff
Horst Friedrich (Bayreuth)
Dr. Edmund Peter Geisen
Hans-Michael Goldmann
Miriam Gruß
Dr. Christel Happach-Kasan
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Hellmut Königshaus
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin

Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Ina Lenke
Michael Link (Heilbronn)
Markus Löning
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Jan Mücke
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Max Stadler
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Florian Toncar
Christoph Waitz
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Martin Zeil
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

